

Die Ampel steht auf Gelb

Die lippischen Wohlfahrtsverbände fürchten durch den Entwurf des Bundeshaushaltes 2024 massive Einschnitte bei sozialen Angeboten. Auch aus der Politik gibt es Kritik.

Nico Düllmann

Kreis Lippe. Die Sorge bei der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Lippe (agfw) ist groß: Sie sieht die sozialen Unterstützungsangebote in der Region gefährdet. Der Grund: Der Entwurf des Bundeshaushaltes 2024 reduziert unter anderem die Förderung der Integrationsangebote für Geflüchtete und Zugewanderte sowie der Freiwilligendienste. Dies habe vor allem im ländlichen Raum dramatische Folgen.

Mit Blick auf die Kürzungen im Entwurf des Bundeshaushaltes möchten die agfw – darunter die Mitgliedsverbände Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas, der Paritätische, die Diakonie und das Deutsche Rote Kreuz – auf die möglichen Folgen in Lippe aufmerksam machen – und gegensteuern. Im Gespräch mit der LZ unterstreicht die agfw ihre Befürchtungen: „Ein gesundes Netz gemeinnütziger Infrastruktur, das über viele Jahre gesponnen wurde, droht durch die Kürzungen zerstört zu werden. Dies lässt sich nachträglich nur sehr schwierig wieder flicken“, sagt Katrin Bükler, Vorsitzende der agfw Lippe.

Wegfall von Integrationsangeboten: Dieser ist bereits jetzt in Lippe spürbar, machen Vertreter der agfw deutlich. Der Jugendmigrationsdienst der Diakonie in Lippe begleitet junge Menschen mit Migrationshintergrund und unterstützt beim schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess. Dieses bundesgeförderte Programm werde im Bundeshaushalt 2024 mit nur noch 58 Millionen Euro gefördert. Im Vorjahr seien es noch 99 Millionen gewesen. Zusatzprogramme würden gar nicht mehr unterstützt. Dazu gehöre bei der Diakonie in Lippe der „Respekt Coach“, ein Präventionskonzept an Schulen, das sich unter anderem gegen Extremismus und Rassismus einsetzt. „Es steht



Setzen sich für soziale Angebote in Lippe ein: (von links) Thomas Frank, Laura Hesse, Anton Schuff, Dieter Bökemeier, Claudia Greßer, Rainer Kleßmann und Katrin Bükler.

Foto: Nico Düllmann

bereits fest, dass wir dieses Programm einstellen müssen“, sagt Dieter Bökemeier, Leiter der lippischen Diakonie. Der „Respekt Coach“ sei erst im vergangenen Jahr eingeführt worden und habe in dieser Zeit mehr als 400 Schüler unterstützt. „In Zeiten, in denen Zuwanderungen mehr werden, sollte eigentlich in solche Programme investiert werden – es passiert jedoch das Gegenteil“, sagt Katrin Bükler.

Daneben solle auch die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer um fast 30 Prozent gekürzt werden. Laut der agfw-Vorsitzenden ist Deutschland ein Einwanderungsland, das Fachkräfte aus dem Ausland möchte, dann aber nicht bereit ist, bei der Integration zu

unterstützen. „Diese Menschen haben ein Aufenthaltsrecht in Deutschland. Ihnen anschließend Unterstützungsangebote zu verwehren, ist schlichtweg unfair“, ergänzt Rainer Kleßmann von der AWO Lippe.

Verlegung von U25-Arbeitslosenberatung: Um Kosten einzusparen, plant der Entwurf des Bundeshaushaltes laut agfw zudem, die Beratung von Arbeitssuchenden unter 25 Jahren zu verlagern – von den Jobcentern zu den Arbeitsagenturen. Die Zielgruppen seien hier ebenfalls zum Großteil junge Menschen mit Migrationshintergrund. Anton Schuff, Einrichtungsleiter vom SOS-Kinderdorf Lippe, sieht bei dieser Maßnahme ein großes Problem: „Über Jahre

sind in den Jobcentern Strukturen aufgebaut, durch die die jungen Menschen individuell unterstützt werden. Durch die Verlagerung zu den Arbeitsagenturen, die dies nicht leisten können, bleiben viele Jugendliche auf der Strecke.“

Schuff ist der Ansicht, dass viele junge Menschen künftig nicht mehr erreicht werden können und sich selbst überlassen werden. Er macht deutlich: „Es trifft die Schwächsten der Schwachen“.

Einsparung bei Freiwilligendiensten: Daneben solle die Förderung der Freiwilligendienste im nächsten Jahr um 78 Millionen gekürzt werden, das entspreche einem Viertel der bisherigen Gelder. Die agfw Lippe

befürchtet, dass viele Stellen – gerade im sozialen Bereich – künftig nicht mehr angeboten werden könnten, da sie für die Träger zu teuer würden. Alleine in den Mitgliedsverbänden der agfw Lippe gebe es mehr als 150 Stellen im Freiwilligendienst, in ganz Lippe sei die Zahl um ein Vielfaches höher. „Der Sozialbereich blutet aus“, sagt Rainer Kleßmann. Dies liege auch daran, da mehr als die Hälfte der Freiwilligen später auch in diesem Berufszweig bleiben würde.

Reaktionen aus der Politik: Mit einem Brandbrief hat sich die agfw an die lippischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten in NRW gewandt. Auch aus diesen Reihen gibt es Vorbehalte am Entwurf. So schreibt Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf LZ-Anfrage: „Es ist leider so, dass diese Großstadtkoalition ihre zaghaften Einsparungsbemühungen vor allem im ländlichen Raum ablädt. Natürlich muss die Regierung angesichts der aktuellen Lage bei den Ausgaben priorisieren, aber ob sie den Rotstift gerade im Bereich Integration und Arbeitsmarkt ansetzen muss, halte ich für fragwürdig. Jedes Scheitern bei Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt zieht hohe Folgekosten für den Sozialstaat nach sich.“

Auch Jürgen Berghahn von der SPD äußert seine Bedenken: „Die Arbeit der freien Wohlfahrt ist wichtig und gehört unterstützt. Das parlamentarische Verfahren zum Bundeshaushalt 2024 und somit auch zum Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat gerade erst begonnen. Wir müssen schauen, was im laufenden Verfahren der Haushaltsberatung möglich ist.“

Sie erreichen den Autor per E-Mail an nduellmann@lz.de